

Berlin, 19. April 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

im September entscheiden die Wählerinnen und Wähler, wie es politisch in Deutschland weitergeht und ob die CDU mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an der Spitze auch in den kommenden vier Jahren unser Land zum Wohle aller Menschen regieren wird.

Daher haben wir Anfang März die Mitmach-Aktion zu unserem Regierungsprogramm 2013 gestartet. Dabei wollen wir von möglichst vielen Menschen, aber auch Verbänden und Organisationen als Vertreter vieler wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in unserem Land erfahren, was ihnen besonders am Herzen liegt. Als große Volkspartei wollen wir nicht nur Sender, sondern auch Empfänger sein.

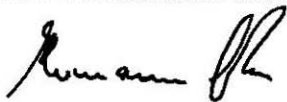
Ihre Organisation hat uns vor der letzten Bundestagswahl im Jahr 2009 einen Fragenkatalog bzw. Wahlprüfsteine zugeschickt, um die Positionen der CDU zu verschiedenen Themenfeldern zu überprüfen und die Antworten den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Dieses Jahr laden wir Sie dazu ein, sich aktiv in den Entstehungsprozess des Regierungsprogramms einzubringen. Im Rahmen der Mitmach-Aktion „Was mir am Herzen liegt!“ können Sie uns Ihre Positionen, Vorstellungen und Wünsche mitteilen, statt wie in 2009 auf der Grundlage des fertigen Regierungsprogramms Antworten zu Ihren Fragen zu erhalten. Wir wollen zuhören und Ihre Anregungen und Ideen aufnehmen. Die Beteiligungsaktion „Was mir am Herzen liegt!“ orientiert sich an acht Leitthemen, die für die CDU die zentralen Herausforderungen der kommenden vier Jahre darstellen. Mitmachen können Sie unter www.regierungsprogramm.cdu.de/.

Auch wenn nicht jeder Vorschlag Eingang ins Regierungsprogramm finden kann, so wird jeder Vorschlag gehört, diskutiert und bewertet werden.

Wir möchten mit Ihnen gemeinsam die neue Legislaturperiode 2013 bis 2017 erfolgreich gestalten.

Mit freundlichen Grüßen



Hermann Gröhe MdB

ForseA e.V., Hollenbach, Nelkenweg 5, D-74673 Muldingen

CDU Deutschlands
Herrn Hermann Gröhe MdB
Generalsekretär
Klingelhöfer Straße 8
10785 Berlin

Diesen Brief schreibt Ihnen
Gerhard Bartz
Vorsitzender

Hollenbach, den 2. Mai 2013

Ihr Schreiben vom 19. April 2013

Sehr geehrter Herr Gröhe,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir unserer Freude Ausdruck verleihen, dass wir als Verband der Behindertenselbsthilfe Einfluss auf das zukünftige Regierungsprogramm nehmen dürfen. Allerdings wurden von den von Ihnen zitierten Wahlprüfsteinen gerade einer aus den Reihen der CDU/CSU zurückgesandt.

Dass die Bundesregierung heute noch an der Denkschrift zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen festhält, benutzen viele Kostenträger als Alibi für Schikanen gegenüber behinderten Menschen. Dies reicht hin bis zum Verdacht auf Betrug, Nötigung und Körperverletzung durch Unterlassung.

Wir von ForseA haben versucht, auch diese Legislaturperiode 2009 bis 2013 mitzugestalten. Nachfolgende Dokumente geben hiervon Zeugnis:

- 16.05.2011 [Stellungnahme zum Nationalen Aktionsplan](#)
- 08.07.2011 [Stellungnahme zum Ersten Staatenbericht](#)
- 17.10.2012 [Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs in stationären Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen](#)
- 04.12.2012 [Stellungnahme zur Bundestagsrede von Maria Michalk \(CDU/CSU\) am Freitag, den 9. November 2012](#)

Wir sind Mitglied bei:

European Network on Independent Living (ENIL)

European Coalition for Community Living (ECCL)



Folgende Bundesverbände sind Mitglied bei uns:

daneben viele Landesverbände und regional tätige Vereine (siehe <http://www.forsea.de/ueberuns/mitglieder.shtml>)

Zusätzlich waren wir in einem – zugegebenermaßen etwas einseitig durch uns gestaltetem – Dialog mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dieser wurde vor Wochen unter Hinweis auf das nahende Ende der Legislaturperiode durch das BMAS abrupt beendet.

Unsere Mitwirkung erstreckte sich angesichts der Tatsache, dass unsere Stellungnahmen keinerlei Einfluss auf das Regierungshandeln zeigten, auch auf den [Parallelbericht der BRK-Allianz zum ersten Staatenbericht](#).

Sehr geehrter Herr Gröhe,

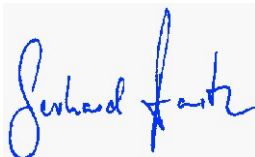
behinderten Menschen werden von Regierungsseite und den Sozialverwaltungen die mühsam errungenen Regelungen der Behindertenrechtskonvention vorenthalten. Diese Verweigerung lässt sich erst vor Gerichten, wo die Konvention als gleichrangiges Recht anerkannt wird, korrigieren. Menschen mit Behinderung und Hilfebedarf haben jedoch meist weder die Zeit noch das Geld, ihre Rechte gerichtlich durchzusetzen. Gute Rechtsanwälte sind zu den amtlichen Gebühren nicht mehr zur Vertretung bereit. Somit sind viele Menschen mit Behinderungen gar nicht mehr in der Lage, ihre Rechte durchzusetzen. Dies macht die Dringlichkeit der gesetzlichen Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in die teils veralteten und ungültigen Gesetze überdeutlich.

Angesichts der Tatsache, dass wir unsere Zuarbeiten in der nun ablaufenden Legislaturperiode abgeliefert, jedoch keine Wirksamkeit festgestellt haben, wird unsere Zurückhaltung hoffentlich verständlich. Um Missverständnissen von vornherein aus dem Wege zu gehen, werden wir diesen Schriftwechsel auf unserer Internetseite veröffentlichen. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstehen würde, wir würden unsere Mitarbeit verweigern. Das Gegenteil ist der Fall. Der abgelieferte Arbeitsvorrat ist so groß, dass wir gerne die Umsetzung dessen beobachten würden.

In diesem Sinne verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

FORUM SELBSTBESTIMMTER ASSISTENZ
BEHINDERTER MENSCHEN E.V.

A handwritten signature in blue ink that reads "Gerhard Bartz".

Gerhard Bartz, Vorsitzender